



Pressemitteilung:

## Brutalstmöglicher Sozialkahlschlag

### AWO und DGB erinnern an die „Operation Düstere Zukunft“ in Hessen und fordern einen grundlegenden Politikwechsel

MICHELSTADT / ODENWALDKREIS. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Operation „Düstere Zukunft“ erinnerten die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Odenwaldkreis mit einer gut besuchten Veranstaltung an den beispiellosen Sozialabbau der CDU-geführten Landesregierung. Durch den „brutalstmöglichen Sozialkahlschlag“ wurde die soziale Infrastruktur in Hessen derart schwer beschädigt, dass die Folgen für viele Einrichtungen wie Erziehungsberatungsstellen, Frauenhäuser und Schuldnerberatungen noch heute Auswirkungen haben.

Die massiven Streichungen und Kürzungen wurden noch dadurch zusätzlich verschärft, dass die Landesregierung ihr Kahlschlagprogramm völlig unvermittelt „über Nacht“ verkündete – ohne Vorwarnung, ohne vorherige Anhörung oder Gespräche mit den betroffenen Einrichtungen und ihren Trägern, die von den Kürzungen und Streichungen vollkommen überrascht wurden und damit auch keine Chance hatten, sich rechtzeitig darauf einzustellen. Diese „Holzhammer-Methode“ hat vor allem im ländlichen Raum viele bewährte Einrichtungen hart getroffen.

Allein bei der Arbeiterwohlfahrt im Odenwaldkreis beliefen sich die Kürzungen auf mehr als 175.000 Euro jährlich, wodurch die AWO in erhebliche Schieflage geriet. Die erheblichen Einnahmeausfälle konnten letztlich nur durch den Wegfall von wichtigen und sinnvollen Angeboten zu Lasten der Betroffenen, durch Stellenkürzungen und damit verbundenem Lohnabbau und einem Lohnverzicht von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einschließlich der Geschäftsführung halbwegs abgefangen werden.

Aber auch andere Träger von sozialen Einrichtungen und Diensten waren von diesen Kürzungen z. T. massiv betroffen, wie die

Caritas, Betreuungsverein	1.406 €
Frauenhaus Odenwald	2.600 €
Eltern- und Erziehungsberatung	28.859 €
Fachstelle Jugendberufshilfe	51.130 €
DRK, Arbeitsprojekt Picobello	19.100 €
DRK, Drogenpräventionsfachstelle	4.000 €
DRK, Förderung ambulante Jugend- und Drogenberatung	10.000 €
Diakonisches Werk, psychiatrische Dienste	21.857 €
Mittel für Sozialberatung ausländischer Familien rd.	12.000 €

Die Kürzungen und Streichungen haben konkrete Auswirkungen, wie sich auch am Beispiel des Diakonischen Werks im Odenwald zeigt: „Wenn wir die halbe Personalstelle in der Psychosozialen Beratungsstelle hätten, dann könnten wir entlastende Angebote für Angehörige von psychisch kranken Menschen anbieten. Dann hätten wir die Möglichkeit, mehr Beratungsgespräche für Menschen mit psychischen Erkrankungen anzubieten. Das ist gerade derzeit wichtig, wo Wartezeiten, die derzeit bei Psychotherapeuten bis zu einem Jahr

dauern, überbrückt werden müssen. Und wir würden präventiv mit Jugendlichen arbeiten, mit Schulen kooperieren“.

MdL Michael Reuter, Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, AWO-Kreisgeschäftsführer Edmund Hofmann-Protze, DGB-Kreisvorsitzender Harald Staier und DGB-Regionssekretär Horst Raupp machten deutlich, dass in Hessen ein grundlegender Politikwechsel längst überfällig ist: „Immer wenn es rückwärts geht ist Hessen vorn. CDU und FDP stehen für eine rückwärtsgewandte Bildungspolitik, Tariffucht und Lohndumping, für die massive Ausweitung des Niedrig- und Armutslohnsektors, den Abbau von Arbeitnehmerrechten, die Ausplünderung der kommunalen Kassen, die Privatisierung und den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums und brutalstmöglichen Sozialabbau. Es ist höchste Zeit für einen echten Politikwechsel“. Dazu gehören für den DGB und die AWO die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Beides zusammen würde dem Land Hessen zusätzliche Steuereinnahmen von jährlich weit mehr als zwei Milliarden Euro bringen. Mit diesem Geld könnten gezielte Zukunftsinvestitionen in Bildung und die soziale Infrastruktur des Landes solide und nachhaltig finanziert werden.